

DER DIE FAKTEN SCHAFFT

POLITIK

Auch nach der Vereinbarung von Minsk kämpft Putin mit allen Mitteln um die Ukraine. Wie soll man umgehen mit einem Mann, der dabei ist, ein Land zu zerstören?

Von Katja Gloger; Illustration: Dieter Braun

Angela Merkel macht wenig Aufhebens um ihre Russischkenntnisse. Dabei spricht sie die Sprache sehr gut, hatte als Schülerin sogar einmal im nationalen DDR-Wettbewerb der Russisch-Olympiade gewonnen. Wenn Sprache die Seele eines Landes spiegelt, dann ist Angela Merkel eine echte Russland-Versteherin. Eine Putin-Versteherin ohnehin.

Irgendwann in dieser langen Nacht von Minsk vor zwei Wochen beugte sie sich neugierig über die russische Übersetzung des englischen Originals. Sie wollte ganz sichergehen, dass jedes der so mühsam ausgehandelten Worte der möglichen Friedensvereinbarung stimmte. Und so, heißt es, verhandelte die Kanzlerin am Ende auch noch den gar nicht so unbedeutenden semantischen wie juristischen Unterschied zwischen den Worten „Einigung“ und „Vereinbarung“.

Sie würde sich nicht vorwerfen lassen, sie hätte nicht alles versucht. Immer wieder ein letzter Versuch, einen Weg zum Frieden zu finden mit Wladimir Putin, einem Mann, der sich als Opfer geriert und doch Kriegsherr ist.

Über all die Monate hatte Angela Merkel Dutzende Male mit Putin telefoniert, mehrmals hatten sie sich getroffen. Sie hatte sich über seine Ausflüchte und faktischen Lügen geärgert. Hatte Putins Monologe ertragen, schon lange ist er ja jemand, den man nicht mehr unterbrechen darf. Seine Vorwürfe an den Westen, den angeblich heuchlerischen, selbst erklärten Sieger des Kalten Krieges. Seine Tiraden über die Osterweiterung der Nato und der EU, ein Betrug an Russland. Und natürlich: In der Ukraine hätten sich mit westlicher Hilfe Faschisten an die Macht geputscht; die USA seien auf einen Regimewechsel in Moskau aus. Nie habe man auf ihn, Putin, gehört.

Immer wieder muss sie ihn beschworen haben: Es gibt keine militärische Lösung der Ukraine-Krise. Aber der Russe demonstriert, dass es sehr wohl eine militärische Lösung geben kann: wenn man – wie er – bereit ist, militärische Mittel einzusetzen.

Wladimir Putin hat, so zeigt es sich auch in diesen für ihn ziemlich erfolgreichen Tagen, die „Eskalationsdominanz“. Und niemand weiß, wie weit er noch gehen will. Oder wird.

Eskalationsdominanz. Russische Bomber nähern sich ►



britischem Luftraum, seit Monaten Provokationen auch im Baltikum; dazu das gigantische russische Aufrüstungsprogramm. Die Nato antwortet mit Luftpatrouillen an ihrer Ostgrenze, dem Aufbau einer schnellen Reaktionstruppe unter maßgeblicher deutscher Beteiligung – und scharfer Rhetorik: Erstmals warnte ein hoher Nato-General vor einem möglichen russischen Angriff auf ein osteuropäisches Nato-Mitglied, etwa Estland. In den USA fordern Konservative wie Demokraten, Waffen an die Ukraine zu liefern. Freiheit sei wichtiger als Menschenleben, heißt es. Im Zweifel müsse man einen Krieg riskieren. So zynisch wie falsch das Kalkül: Mehr tote russische Soldaten würden Putin innenpolitisch unter Druck bringen, ihn zu Zugeständnissen zwingen.

Kann eine dauerhafte Konfrontation mit Russland noch vermieden werden, eine Konfrontation, die gefährlicher zu werden droht als jene zu Zeiten des Kalten Krieges? Kann der Westen Putin noch zurückgewinnen? Vor allem aber: Will Putin überhaupt einen Platz in Europa finden, gar eine gemeinsame Friedensordnung tragen? Im Moment spricht alles dafür: Er will es nicht. Offenbar passt ihm eine Welt, die sehr in Unordnung bleibt.

Es ist die wohl größte Herausforderung für die Deutschen und ihre Kanzlerin; das Risiko des Scheiterns ist enorm. Angela Merkel kann Putins Eskalationsdominanz nur begegnen mit: strategischer Geduld.

Strategische Geduld. Das hat vor allem mit Ernüchterung, mit Realpolitik zu tun. Für die Menschen in der Ukraine bedeutet es wenig Gutes: Sie werden noch lange auf echte Selbstbestimmung hoffen, eine faktische Teilung des Landes hinnehmen müssen. Denn im Osten der Ukraine ist ein von Russland geschaffener und kontrollierter „frozen conflict“, ein eingefrorener Konflikt, kaum noch zu verhindern. „Jetzt hat Putin sein Trojanisches Pferd im Osten unseres Landes“, fasst ein enttäuschter ukrainischer Diplomat die Ergebnisse zusammen.

Der Westen ist schuld an diesem Krieg, rufen die vermeintlichen „Russland-Versteher“, der Westen habe Putins legitime Sicherheitsinteressen arrogant beiseitegewischt. Die Ukraine dürfe nicht nach Europa gezerrt, Russland nicht aus Europa gedrängt werden. Aber vielleicht war es ziemlich naiv, anzunehmen, Putin habe jemals wirklich zum Westen, zu Europa gehören wollen. Für ihn war der Kalte Krieg nie vorbei. Und ist jetzt mehr denn je seine Überlebensstrategie.

Mit ihm, dem KGB-Oberstleutnant der Reserve, kamen vor 15 Jahren zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte Russlands die „Prätorianer“ an die Macht, Vertreter der Geheimdienste und Propagandisten eines autoritären Staates. Mit ihnen trat ein nationalistisches Russland auf den Plan, ein Russland, das doch schon überwunden schien. Es war wohl der eigentliche strategische Fehler des Westens: Man feierte das Ende des Kalten Krieges, hatte den netten Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow im Kopf und die Saunabesuche mit dem knurrig-umgänglichen Boris Jelzin. Deren Russland hatte ja viele westliche Kooperationsangebote angenommen, darunter die Mitgliedschaft in der G-7, der Nato-Russland-Rat. Und man hatte beiseitegewischt, dass es früh eine starke Opposition gegen Gorbatschow und Jelzin gab: Zwei Putschversuche einer kruden Koalition aus Nationalisten, Kommunisten und Geheimdienstlern, sie forderten eine Art Wiedergeburt der Sowjetunion.

„Wir hätten damals wohl noch mehr auf Russland zugehen sollen“, sagt Mark Leonard, Direktor des „European

Council on Foreign Relations“: „Es war noch nicht einmal Arroganz. Die Europäer waren vielmehr überzeugt, Russland würde ihrem Modell folgen wollen: Es könne keine Alternative zur europäischen Integration geben, die dem Kontinent den Frieden gebracht hatte. In gewisser Weise wurden wir Opfer unseres Erfolges.“

Putin erschien den Politikern des Westens als Anomalie. Das aber war er nicht. Sein Denken ist in weiten Teilen der russischen Gesellschaft verwurzelt.

Einiges deutet darauf hin: Der Westen hatte Putin verloren, bevor der überhaupt an die Macht kam. „Und nicht nur ihn, sondern auch die politischen und militärischen Eliten des Landes“, sagt Ulrich Kühn vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik. „Schon in den 90er Jahren hatten sie Schlüsselerlebnisse, die sie in ihrem Misstrauen vor allem gegenüber den USA bestärkten.“ Die Nato-Osterweiterung natürlich und auch die Kosovo-Krise 1999, die Bombardierung des slawisch-orthodoxen Serbiens durch die Nato. Die maßlose Außenpolitik von US-Präsident George W. Bush und seinen Hardlinern bestätigte sie nur. Die führten Krieg im Irak, betrieben die Aufnahme von Georgien und der Ukraine in die Nato. Erst Kanzlerin Merkel stoppte Bush beim Nato-Gipfel in Bukarest 2008. „Zwar stellte die Osterwei-

terung der Nato nie eine Bedrohung der nationalen Sicherheit Russlands dar“, sagt Kühn, „aber sie bedrohte die Machtinteressen der russischen Elite. Und das war der entscheidende Unterschied.“

Was für die USA das Trauma von 9/11, mussten für Putin die friedlichen Revolutionen in Georgien und in der Ukraine 2004 gewesen sein. Schon damals begannen die Menschen auf dem Majdan von einem unabhängigen Weg nach Europa zu träumen. Das aber war – und ist – eine Bedrohung für Putins Herrschaftssystem: Was heute in Kiew passiert, könnte morgen in Moskau geschehen.

So erschien es ihm auch während der Proteste auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz vor gut drei Jahren. Die friedlichen Demonstranten waren ihm von der CIA bezahlte Vorbote einer Revolution; und welche Folgen Revolutionen für Herrscher im Kreml in der Regel haben, das weiß der geschichtsbewusste Präsident sehr wohl.

„Alle sprechen jetzt von einem neuen Kalten Krieg. Aber der Kalte Krieg war nie zu Ende“, sagt Sergej Karaganow. Als Dekan der Moskauer Hochschule für Weltwirtschaft und Außenpolitik erklärt er Putins Welt: Die Politiker des Westens hätten nie verstanden, wie früh es zum Bruch Russlands mit dem Westen kam. Die Ukraine-Krise sei nicht Ursache, sondern nur logische Folge dieses Bruches. „Jetzt stehen wir an einem historischen Wendepunkt. Russland

will dieses Europa mit seinem demokratischen Messianismus nicht. Es kann ohne Europa leben. Wir werden uns wohl nach Osten und Süden orientieren, Richtung China und Türkei.“ Die Ukraine? „Man wird ihr die Luft abschneiden, oder sie wird zerstört, wenn sie militärische Unterstützung erhält“, sagt Karaganow sehr klar und sehr kühl. „Denn Russland wird nicht mehr weichen.“ Es ist der entscheidende Unterschied: Der Westen sehnt sich zurück nach der europäischen Sicherheitsordnung, die nach dem Ende des Kalten Krieges gebaut wurde. Genau das will Putin nicht. Er will eine neue Ordnung mit Russland als Führungsmacht im postsowjetischen Raum. Als ebenso machtvoller wie unberechenbarer Gegenpol zu den westlichen Demokratien geht Putin den „Russischen Weg“, und das ist eine Tragödie auch für die Menschen in

seinem Land, das sich schon lange im Niedergang befindet.

Das also ist die realpolitische große Unordnung in diesen Wochen nach Minsk, mehr denn je kommt es jetzt wohl auf die Deutschen an, auf Angela Merkel. Kann man Anknüpfungspunkte finden, wenigstens ein von Misstrauen geprägtes Nebeneinander leben?

„Congagement“ lautet in Berlin bislang die ziemlich hilflose politische Antwort, es gibt wohl keine bessere: Eindämmung und Engagement zugleich. Weiterhin Sanktionen also und eine deutliche Präsenz der Nato – zugleich stete Gesprächsbereitschaft. Zur Politik dieser ganz kleinen Schritte könnten Gespräche über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok gehören, irgendwann. Oder eine ökonomische Zusammenarbeit der EU mit Putins „Eurasischer Union“, seinem Gegenentwurf zu Europa. Während der Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine war Russland außen vor geblieben – es war ein strategischer Fehler der

EU. Man verstand nicht, dass Europa mit seinen Werten Putin bedrohlicher scheinen musste als alle Armeen der Nato zusammen.

Zu den Signalen an Putin könnte auch gehören: Die Frage der Nato-Mitgliedschaft für die Ukraine wird auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Es wäre zugleich auch die moralisch schwerste Entscheidung, so Friedensforscher Ulrich Kühn: „Man würde der Ukraine letztlich das Recht auf Selbstbestimmung absprechen. Aber man muss sich den Realitäten stellen, die Putin jetzt schafft.“

Es bleibt eine bescheidene Hoffnung für die Ukraine: dass sich der Krieg wenigstens nicht ausweitet. Dass sich dieses Land – oder was von ihm übrig bleibt – irgendwann stabilisiert und reformiert und so seinen Weg nach Europa findet. Milliardenkredite und Hilfsprogramme des Westens sollen dazu beitragen – und die kleine, schmutzige Wahrheit dabei ist auch, dass die Kosten für einen möglichen Wiederaufbau der Ostukraine, für Renten, Gehälter und Sozialleistungen, dann wohl letztlich vom Westen getragen würden, ja, auch von den Deutschen. Es wird die Aufgabe einer ganzen Generation sein.

Was bleibt? Wohl nur der Versuch einer friedlichen Lösung von Problemen „ohne Illusion“, wie Willy Brandt und Egon Bahr schon 1963 die Vision einer deutschen Ostpolitik skizzierten. Es bleibt eine verwegene Hoffnung: dass strategische Geduld auf Dauer machtvoller ist als Eskalationsdominanz. Und die große, universelle Lehre aus dem Horror des 20. Jahrhunderts gilt: dass die Macht eingehegt werden kann durch das Recht.

Persönlich wie selten erzählte Angela Merkel auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar, wie lange die Menschen der DDR warten mussten auf Selbstbestimmung, auch sie. Es war ihre realpolitische Botschaft an die Ukraine. Die Botschaft an ihr eigenes verunsichertes Land und an Europa aber ging unter im Summen des Saals. Denn sie mahnte Geschlossenheit an und einen langen Atem: „Wie schnell wir verzagt sind, dass etwas nicht läuft.“ So aber, sagte sie noch und schloss für einen Moment die Augen, kann man keine Schlacht gewinnen. Sie hat recht: Es ist eine Schlacht. ✘



VIELLEICHT WAR DER GLAUBE NAIV, PUTIN HABE JEMALS ZU EUROPA GEHÖREN WOLLEN



Auch die langjährige Moskauer Korrespondentin **Katja Gloger** hat mit Putin schon Russisch gesprochen. Und er mit ihr auf Deutsch geplaudert